

An der ZHW stimmt die Chemie wieder

Die ZHW hat ein neues Institut für Material- und Verfahrenstechnik gegründet. Dabei spielt die Chemie eine wichtige Rolle, was in Wädenswil zu Irritationen geführt hat.

Die Chemie an der ZHW lebt. Nicht so wie früher zwar, denn die Chemieabteilung der ZHW ist trotz grossem politischem Widerstand letztes Jahr an die Hochschule Wädenswil (HSW) gezügelt worden und bleibt auch dort. Doch die ZHW hat nun definiert, was mit der zugesicherten, für die Ingenieure nötigen «Restchemie» in Winterthur geschehen soll. Dazu ist ein neues Institut für Material- und Verfahrenstechnik (IMPE) gegründet worden, und im Herbst 2007 wird erstmals eine gleichnamige Vertiefung im Studiengang Maschinentechnik angeboten. Die Chemie nimmt darin rund einen Drittel der Ausbildung ein. Damit wird laut ZHW-Rektor Martin Künzli in Winterthur ein schweizweit neues Angebot geschaffen.

Für Künzli ist das nur logisch: «Um neue Materialien herzustellen, braucht es neben guten Materialkenntnissen ein umfassendes Wissen in Verfahrenstechnik.» Und umgekehrt muss jemand, der neue Anlagen baut, auch die Materialien gut kennen.



Blick in den Chromatographen: An der ZHW wird die Chemie enger in den Studiengang Maschinentechnik integriert. Bild: pd

Was einleuchtend klingt, war es in seiner Entstehung gar nicht. Die HSW hatte Bedenken, weil sie als Kompetenzzentrum für Life-Science befürchtete, die eigene Chemie werde geschwächt. Für die ZHW gehören aber die Materialwissenschaften zu den Ingenieurwissenschaften wie an der ETH auch. Künzli betonte stets auch, dass die ZHW den Wädenswilern die klas-

sische Chemie in keiner Weise streitig machen wolle. Gleichzeitig pochte er darauf, dass die ZHW in der Entwicklung der Studiengänge nicht behindert werden dürfe. So verzögerte sich die Gründung des Instituts, bis Sebastian Brändli, Leiter des Hochschulamtes, eine Einigung herbeiführen konnte: «Wir haben nun eine Lösung, die für beide Seiten sinnvoll ist», sagt Brändli,

der beiden Schulen das Bekenntnis abgerungen hat, zukünftig enger zusammenzuarbeiten. Damit haben das neue Institut und die neue Vertiefungsrichtung auch den Segen von Regierungsrätin Regine Aepli (SP).

In Winterthur wird also die chemische Ausbildung der Ingenieure verstärkt. Unterstrichen wird dies erstens durch die angewandte Forschung. Das

IMPE arbeitet eng mit verschiedenen Unternehmen zusammen, zum Beispiel um Beschichtungen zu entwickeln, die ein Einfrieren verhindern, oder um die Haftung von Kunststoffen auf Aluminiumfolie zu verbessern.

Chemikerin bleibt an ZHW

Zweitens wird der Stellenwert der Chemie bei den Leitern deutlich. Institutleiterin Professorin Martina Hirayama ist studierte Chemikerin. Sie hätte eigentlich auch nach Wädenswil zügeln sollen. Nun aber darf sie sich mit ihren 22 Mitarbeitern weiterhin in Winterthur mit Nanotechnologie beschäftigen. Professor Thomas Spielmann, Leiter des Bereiches Verfahrenstechnik, ist ebenfalls Chemiker und hat zehn Jahre bei Sulzer Chemtech gearbeitet. Leiter des Bereiches metallische Materialien ist Arnd Jung.

Dass niemand von der ZHW die Chemie in Wädenswil leiten wollte oder konnte, hat die Zusammenarbeit laut Brändli nicht vereinfacht. Nun aber habe man einen wichtigen Schritt gemacht. Auch die Chemie in Wädenswil sei auf Kurs. Allerdings noch nicht mit den erhofften 60, sondern mit knapp 30 Studierenden pro Jahrgang. Brändli fordert deshalb, in der Sekundarschule stärker für die chemischen Berufe zu werben.

MARKUS BINDER

Für das Unrecht ein Bewusstsein schaffen

Er wurde inhaftiert und gefoltert. Jetzt will der indonesische Menschenrechtsaktivist Peneas Lokbere Druck auf seine Regierung ausüben.

Der 30-jährige Peneas Lokbere hat ein Studium in Management absolviert und ist einer der Überlebenden der polizeilichen Übergriffe und Folterungen im indonesischen West-Papua vom Dezember 2000. Am Menschenrechtsgericht in Süd-Sulawesi hat er später als Zeuge ausgesagt. Um sich vor erneuten Übergriffen zu schützen, hat Lokbere die Schutzbegleitung von Peace Brigades International (PBI) in Anspruch genommen. In den vergangenen Wochen hat er Deutschland, Frankreich und England besucht. In der Schweiz wurde er von der Winterthurer Journalistin Nicole Meier begleitet, die kürzlich nach 16 Monaten von ihrem Einsatz als Menschenrechtsbeobachterin für PBI in West-Papua zurückgekehrt ist.

Lokbere erinnert sich: In einem brutalen Vergeltungsakt für zwei Polizistenmorde töteten indonesische Sicherheitskräfte im Dezember 2000 in Abepura in West-Papua mindestens drei Studenten und verhafteten und folterten rund hundert weitere Frauen und Männer. «Es gibt keine Beweise dafür, dass die Opfer dieses polizeilichen Rachefeldzuges in Zusammenhang mit den Polizistenmördern standen», übersetzt Nicole Meier die Ausführungen von Lokbere. Die Übergriffe seien rassistisch motiviert gewesen. «Von 25 Angeklagten wurden nur zwei Offiziere in Makassar in Süd-Sulawesi vor Gericht gestellt. In beiden Fällen erfolgte ein Freispruch.» Heute setzt sich Lokbere als Vorsitzender der «Community of Survivors of the Abepura case» für die Rechte der Überlebenden der Abepura-Vorkommnisse ein. Auf freiwilliger Basis arbeitet er für eine indonesische Rechtshilfe- und Menschenrechtsorganisation, die vor drei Jahren Partnerorganisation von PBI geworden ist. Im Gespräch zeigt Lokbere sich zuversichtlich. Er hat an Selbstvertrauen gewonnen.

Bei Demonstrationen in West-Papua kommt es regelmässig zu Ausschreitungen wie vor einem Jahr im März 2006 anlässlich einer Demonstration gegen Freeport, die Betreiberin der weltgrössten Goldmine. Wiederholt werfen sowohl Kirchen wie

auch lokale Nichtregierungs-Organisationen den Behörden willkürliche Verhaftungen, Folterungen und Einschüchterungen sowie unfaire Gerichtsverfahren vor. Die Verantwortlichen bleiben meist ungestraft. «Wir Opfer fürchteten uns damals vor dem Gang nach Makassar, wo das Menschenrechtsgericht im Abepura-Fall tagte», erzählt Lokbere. «Doch PBI hat ein Netzwerk geschaffen, durch das wir uns sicher fühlen und frei sprechen können.» Das Bewusstsein für Ungerechtigkeiten sei in Indonesien kaum vorhanden, ergänzt Meier.

«In einer anderen Welt»

Dem will Peneas Lokbere entgegenwirken. Information und Aufklärung lautet seine Devise. Dafür nimmt er auch die Strapazen einer mehrwöchigen Europatournee auf sich. PBI sei die einzige internationale Menschenrechtsorganisation, die in West-Papua ständig präsent sei. Seit 2004 bieten

zwei Teams lokalen Organisationen Begleitschutz an. Ein drittes arbeitet im Bereich der Friedensbildung. 2006 stammten sieben Mitarbeiter aus der Schweiz. Nicole Meier leistete ihren Einsatz in Jayapura, der Hauptstadt von West-Papua. «West-Papua ist eine andere Welt, von der man im Ausland kaum etwas mitbekommt, unter anderem weil ausländische Journalisten keinen Zugang haben», sagt sie.

PBI ist seit 25 Jahren die führende Organisation für unbewaffnete Schutzbegleitung und Menschenrechtsbeobachtung. Teams begleiten bedrohte Menschen, Organisationen und Gemeinschaften, die sich für Menschenrechte und Frieden einsetzen. Um den Schutz zu gewährleisten, pflegt die Organisation vor Ort den Kontakt mit Regierungsvertretern, Sicherheitskräften und Botschaften. PBI will so Freiräume schaffen und schützen, in denen Friedens- und Menschenrechtsarbeit stattfinden kann. CHRISTIAN LANZ



Peneas Lokbere ist in dieser Woche in seine Heimat zurückgekehrt. Bild: Urs Baptista

«Das System ist männlich»

Lohndiskriminierung soll nicht ein Frauenproblem, sondern ein Gesellschaftsproblem sein, fordern Politikerinnen der Frauensession.

«Im Vergleich mit ihren männlichen Kollegen bekommen Frauen für eine Arbeit mit gleichen Anforderungen jeden fünften Franken nicht», sagte Martina Hofer von der Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen des Kantons Zürich zu Beginn der ersten Winterthurer Frauensession gestern Abend. Die Winterthurer SP und der Gewerkschaftsbund hatten die Kantonsratskandidatinnen aller Parteien zu einer Debatte über Lohngleichheit eingeladen, nicht gekommen waren FDP und SVP. «Was läuft schief, dass selbst Jahre nach der Einführung des Gleichstellungsgesetzes noch derartige Lohnunterschiede bestehen?», fragte Moderatorin Karin Landolt.

«Der Fehler ist das System, und das System ist männlich», sagte SP-Politikerin Hedi Strahm. «Frauen sind in

den Verwaltungsräten stark untervertreten», fügte ihre Parteikollegin Cécile Krebs hinzu. EVP-Politikerin und Gemeinderatspräsidentin Ruth Kleiber pflichtete ihr in diesem Punkt bei und sprach sich gar für eine vorübergehende Einführung einer Frauenquote in Verwaltungsräten aus.

Um diese Probleme zu beheben, sei es nötig, dass die Lohnungleichheit auch von Männern als Problem anerkannt werde, sagte SP-Politikerin Mattea Meyer. «Es soll kein Frauenanliegen sein, sondern ein gesellschaftliches.» Eine Ansicht, die auch von Seiten der CVP unterstützt wurde. «Die Männer müssen sich mit uns an einen Tisch setzen», sagte Gabi Bienz-Meyer. Die Lohngleichheit liege auch in ihrem Interesse, erklärte Lilith C. Hübscher von den Grünen. Denn nur so entstünde für Paare eine wirkliche Möglichkeit zur Teilung von Familienaufgaben. In ihrer Resolution fordert die Frauensession deshalb, dass bei der Vergabe von staatlichen Aufträgen die Gleichstellung innerhalb der Firmen berücksichtigt wird. (bee)

Leistungslohn bringt Frauen wenig

Der VPOD Winterthur hat den gestrigen Internationalen Tag der Frauen zum Anlass genommen, das Leistungslohnsystem in der städtischen Verwaltung zu kritisieren. Gemäss VPOD führt die Einführung von Leistungslohnkomponenten zu einer Umverteilung der Lohnsumme von unten nach oben und von den Frauen zu den Män-

nern. Die Praxis in der Stadtverwaltung zeige, dass die Frauen tendenziell vom Stufenanstieg profitieren würden, welcher ab einer Qualifikation «gut» gewährt werde. Umgekehrt seien es aber vor allem Männer und Kadermitglieder ab Besoldungsklasse 12 und 13, die in den Genuss einer Leistungsbe- förderung kommen würden. (ldb)

Infos unterdrückt?

Für die Erweiterung der KVA und die Versetzung des Veloweges Scheideggstrasse möchte Stadtwerk nicht nur zusätzliches Land der städtischen Liegenschaftsverwaltung kaufen, sondern auch von einem privaten Grundbesitzer. Letzteres hat der «Landbote» (Ausgabe vom 9. Februar) publik gemacht. Die SVP nimmt dies nun zum Anlass für eine Dringliche Interpellation, für die sie am nächsten Montag im Gemeinderat eine Mehrheit sucht. Die Partei möchte vom Stadtrat wissen, weshalb das Parlament – im Rahmen der KVA-Debatte – nicht über den beabsichtigten Kauf informiert wurde, und ob der Quadratmeterpreis tatsächlich 1000 Franken beträgt. (thl)

INKÜRZE

Die Polizei sucht Zeugen

Am Mittwoch um 17.15 Uhr kam es auf der Rychenbergstrasse vor einem Fussgängerstreifen zu einer Auffahrkollision. Anschliessend fuhr einer der Autofahrer weg, ohne sich um den Schaden zu kümmern. Zeugen sind gebeten, sich bei der Stadtpolizei zu melden: 052 267 51 52.

Velofahrer leicht verletzt

Als gestern ein Velofahrer auf der St.-Galler-Strasse von einem Lastwagen eng überholt wurde, stürzte er. Der Radfahrer zog sich dabei leichte Verletzungen zu. Der Unfall ereignete sich kurz nach 16 Uhr. (ldb)